

Saatgut & Gentechnik-Newsletter

September - Oktober 2021

Neue Gentechnik

Verhindert das Parlament Innovationen? Kritik an der Verlängerung des Gentechnik-Moratoriums in der Schweiz

Am 23. September hat der Schweizer Nationalrat beschlossen, dass das Gentechnik-Anbaumoratorium bis 2025 verlängert wird. Das Moratorium gilt auch für Organismen, die mit neuen Gentechnikverfahren (NGV) entwickelt wurden. Wie das Interview mit Eva Reinhard, Leiterin des landwirtschaftlichen Zentrums Agroscope zeigt, melden sich auch in der Schweiz nach wie vor die Gentechnikbefürworter zu Wort.

Zitat: «Wir müssen jetzt alles daransetzen, die kommenden vier Jahre positiv zu nutzen. In dieser Zeit können wir Prüf- und Bewilligungskriterien für mit neuen Züchtungsmethoden hergestellte Pflanzen erarbeiten. Auch könnten mit neuen Bestimmungen während des Moratoriums bereits neue Sorten zugelassen und vermehrt werden, die dann ab 2026 nutzbar wären. Da hoffe ich auf das Parlament. (...) Ich verzweifle schon ein bisschen. Die Schweiz hat keine Edelsteine, kein Erdöl. Aber wir haben seit Jahrzehnten mit die besten Universitäten der Welt. Und die Wissenschaft ist sich einig, dass die Gentechnologie enorme Chancen hat. Die Schweiz ist auf Innovation, Wissen und Know-how angewiesen, wir wurden wohlhabend damit. Warum verzichten wir nun auf eine solche Chance? Warum vertraut man der Wissenschaft nicht mehr? Ich hoffe nun auf die Bauern, die Konsumenten und die Gesellschaft. Vielleicht können sie die Verbände und die Politik überzeugen.»

Quelle: Schaffhauser Nachrichten, 23. September 2021.

.....

Greenpeace kritisiert: Das Deutsche Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) schützt die Gentechnik-Industrie statt die Verbraucher:innen

Eigentlich trägt das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) seinen Auftrag schon im Namen. Schaut man sich das Vorgehen der Behörde bei der Überwachung der

Agro-Gentechnik näher an, drängt sich allerdings der Verdacht auf, das BVL widme sich lieber dem Schutz der Gentechnik-Industrie als dem Schutz der Verbraucher:innen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der E-Mail-Verkehr zwischen dem BVL und der nordamerikanischen Firma Cibus, der Greenpeace nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) zur Verfügung gestellt werden musste. Das hat auch den [Spiegel auf das Thema aufmerksam gemacht](#). Mehr zum merkwürdigen Vorgehen der Behörde im Interview mit Dirk Zimmermann, Experte für Landwirtschaft und Gentechnik bei Greenpeace.

Greenpeace: Was belegen die Unterlagen, die du dir aushändigen lassen hast?

Dirk Zimmermann: Das BVL tauscht sich seit Jahren sehr regelmäßig mit Cibus aus. So fragte die Behörde beispielsweise das Unternehmen um Erlaubnis, wenn es eigene Untersuchungen veröffentlichen wollte, und warnte vor Kampagnen von NGOs wie dem «Verband Lebensmittel ohne Gentechnik» (VLOG), der im Auftrag des Bundeslandwirtschaftsministeriums (BMEL) das «ohne Gentechnik»-Siegel vergibt.

Das war aber nicht das erste Mal, dass das BVL die Firma Cibus unterstützte?

Nein, im Jahr 2015 erteilte die Behörde Cibus einen Freifahrtsschein für die Aussaat eines herbizidtoleranten Gen-Rapses. Bei dem «Cibus-Raps» handelt es sich um eine Pflanze, die mit neuer Gentechnik, [einem sogenannten Genom-Editierungs-Verfahren](#), erzeugt wurde. Cibus hat es damals bei den zuständigen Behörden vieler EU-Staaten versucht und fand im BVL schließlich den kooperationswilligsten Partner.

Warum landete der Raps dann doch nicht auf den Feldern?

Wir gingen damals [gemeinsam mit anderen Verbänden](#) juristisch gegen eine mögliche Aussaat vor, [dies verhinderte zunächst die Aussaat](#). Nachdem der Europäische Gerichtshof 2018 klarstellte, dass Verfahren des [Genome Editings als Gentechnik einzustufen](#) und zu regulieren sind, musste das BVL seine [Aussaaterlaubnis schließlich zurückziehen](#).

Es gibt Menschen, die für eine Deregulierung neuer Gentechnik-Verfahren sind, auch weil der Nachweis genom-editierter Pflanzen im Labor so schwierig ist.

Aus diesem Grund haben wir in den letzten Jahren gemeinsam mit anderen Verbänden an einer Methode gearbeitet, die den Labornachweis von Cibus-Raps ermöglicht. Anfang September 2020 wurde [das Ergebnis wissenschaftlich publiziert und öffentlich verfügbar gemacht](#) – die erste Nachweismethode für eine genom-editierte Pflanze, die nun den Nachweis von illegalem Gen-Raps in Importen aus den Anbauländern USA und Kanada möglich macht.

Wie reagierte das BVL darauf?

Es [veröffentlichte schnell eine Stellungnahme](#), in der es unter anderem kritisierte, das Verfahren könne die angewandte gentechnische Methode nicht nachweisen. Diesen Anspruch hatte das Testverfahren allerdings auch nie gehabt, für den sicheren Nachweis des Gen-Rapses ist dies auch nicht notwendig. Aus den Dokumenten, die uns jetzt vorliegen, geht hervor, dass das BVL schon

früher von unserer Veröffentlichung wusste. Es hätte also eigentlich noch schneller reagieren können. Doch das Amt holte sich dafür erst noch das Einverständnis von Cibus ab.

Ein recht ungewöhnlicher Vorgang, wenn man bedenkt, dass es die Aufgabe des BVL ist, Firmen wie Cibus zu kontrollieren und ihnen nicht hinterherzulaufen.

Allerdings. Auch die Überwachung von Gentechnik in Saatgut und Lebensmitteln fällt in den Zuständigkeitsbereich der Behörde, sie sollte demnach ein Interesse an der Entwicklung von Nachweisverfahren haben. Zumal es dem BVL bislang nicht gelungen ist, selbst eine Analysemethode zu entwickeln. Die Verantwortlichen hätten also durchaus dankbar für die Initiative und Forschungsergebnisse von Greenpeace und VLOG sein können. Stattdessen gab sich das BVL aber alle Mühe, die vorgelegte Methode abzuqualifizieren. Besonders kurios ist dabei, dass das BVL dem BMEL unterstellt ist, das wiederum VLOG mit der Umsetzung der «ohne Gentechnik»-Siegel-Lizenzierung beauftragt. Das BVL und VLOG sollten also an einem Strang ziehen. Dass die Interessen eines amerikanischen Biotech-Unternehmens dem BVL wichtiger zu sein scheinen als die von VLOG und den Verbaucher:innen verwundert da umso mehr. Ich kann nur vermuten, dass die Weisungen von höherer Stelle im Bundeslandwirtschaftsministerium kommen, in dem aktuell eine sehr gentechnikfreundliche Einstellung vorherrscht.

Quelle: [Greenpeace](#)

.....

Zivilgesellschaftliche Gruppen kritisieren Welternährungsgipfel. Streit zwischen der USA und der EU über die grundsätzliche Ausrichtung der globalen Landwirtschaft

«Der Gipfel hat weder das Recht auf Nahrung aller Menschen ins Zentrum gestellt noch gezielt die von Hunger und Armut betroffenen Gruppen angehört. Entscheidungen mit den Menschen zu treffen hätte bedeutet, alle Energie in die globale Koordinierung der Bewältigung der Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen zu stecken – etwa durch die Hilfe für 120 Millionen Menschen, die seit dem Jahr 2020 zusätzlich an chronischem Hunger leiden. Mit den Menschen Entscheidungen zu treffen hätte auch bedeutet, denen eine prominente und kritische Stimme zu geben, die von Umweltkatastrophen, der Klimakrise sowie von Konflikten und Kriegen aktiv bedroht sind und von der internationalen Staatengemeinschaft viel zu lange im Stich gelassen wurden und nun weiter werden. Stattdessen hat der Gipfel noch mehr Platz für die profitorientierten Interessen von Konzernen und Banken geschaffen und philanthropische Organisationen in erster Reihe die Agenda mitbestimmen lassen. Dabei sind sie häufig genau die Akteure, die ein intensives industrielles Landwirtschaftsmodell und eine wachsende Konzernmacht fördern und verantworten – und damit gleichzeitig zu den Hauptverursachern der globalen Ernährungs- und Klimakrise zählen.

Mitglieder der Arbeitsgruppe Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung (FUE) kommen zu **folgenden ersten Bewertungen** (gekürzt):

- Der Gipfel hat **die starken Machtgefälle** zwischen den unterschiedlichen Akteuren im vorherrschenden industriellen Ernährungssystem und die Ursachen dafür **missachtet**. Es wurde versäumt, Maßnahmen zu deren Überwindung – wie die Regulierung von Konzernmacht und eine grundlegende Umgestaltung des unfairen Handelssystems – zu thematisieren.
- Stattdessen liegt der Fokus auf **Produktionssteigerungen und Investitionsmöglichkeiten**. Das soll mittels konzerngeprägter digitaler Technologien und Innovationen sowie der sogenannten *nature-based production* – also Intensivlandwirtschaft mit einem Nachhaltigkeitslabel – geschehen. Deren Finanzierung könnte strukturelle Probleme wie die Sicherung geistiger Eigentumsrechte an Saatgut und Wissen, Daten- und Landraub, insbesondere im globalen Süden, noch weiter verschärfen.
- Die Organisator*innen des Gipfels beabsichtigen, die **Multi-Stakeholder-Struktur des Gipfels durch einen Folgeprozess in der UN weiter auszubauen**. Damit schwächen sie die Rolle der Staaten als gegenüber der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtige Institutionen und entlassen sie aus deren primärer Verantwortung, die kaum thematisiert wird. Stattdessen werden private Akteure, die im kommerziellen Interesse handeln und Einfluss auf öffentliche Politiken nehmen, als Teil der Lösung anerkannt. Es wird missachtet, dass sie größtenteils die Verantwortlichen für zentrale globale Probleme sind, wie die Klimakrise und Machtungleichgewichte. Damit verbundene, offensichtliche Interessenskonflikte werden nicht thematisiert.

Zur ersten Stellungnahme der Mitglieder des Arbeitskreises Landwirtschaft und Ernährung (AGLE) des Forums Umwelt und Entwicklung (FUE) zum Welternährungsgipfel des UN-Generalsekretärs: [Der Welternährungsgipfel UNFSS ist gescheitert](#)

.....

Britische Regierung will Gentechnik-Recht ändern

Die britische Regierung will die Forschung und Entwicklung zu neuen Sorten durch die Genom-Editierung erleichtern. Wie das [Landwirtschaftsministerium \(DEFRA\) dazu am 29. September mitteilte](#), sollen nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union nun die gegebenen Möglichkeiten genutzt werden, indem eigene Regeln in diesem Forschungsbereich festgelegt werden. Damit sei es möglich, einen wissenschaftlicheren und angemesseneren Ansatz für die Regulierung von Gentechnologien zu wählen. Der Schwerpunkt soll auf *Pflanzen* liegen, die mit Hilfe von Gentechnologien erzeugt worden seien. Ziel sei es, den Landwirten dabei zu helfen, widerstandsfähigere, nährstoffreichere und produktivere Pflanzen anbauen zu können, betonte das Ministerium. «Die Genom-Editierung hat die Fähigkeit, die genetischen Ressourcen, die die Natur bereitgestellt hat, nutzbar zu machen. Sie ist ein Instrument, das uns dabei helfen könnte, einige der größten Herausforderungen zu bewältigen, mit denen wir konfrontiert sind –

etwa Ernährungssicherheit, Klimawandel und Verlust der biologischen Vielfalt», erklärte Landwirtschaftsminister George Eustice. Außerhalb der EU sei Großbritannien in der Lage, Innovationen zu fördern, um Pflanzen zu züchten, die stärker und widerstandsfähiger gegen den Klimawandel seien. Eustice sicherte zu, eng mit Landwirtschafts- und Umweltverbänden zusammenzuarbeiten, um sicherzustellen, dass «die richtigen Vorschriften» erlassen würden.

In einem nächsten Schritt sollen die rechtlichen Definitionen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO) überarbeitet werden, um Organismen auszuschließen, die durch die Genom-Editierung und andere Gentechnologien erzeugt wurden, wenn sie auch durch traditionelle Züchtung hätten entwickelt werden können. Die GVO-Vorschriften würden weiterhin gelten, wenn durch Genom-Editierung die DNA anderer Arten in einen Organismus eingebracht werde, erläuterte die Regierung. Zudem sicherte sie eine Prüfung darüber zu, welche Maßnahmen erforderlich seien, damit gentechnisch veränderte Produkte sicher und verantwortungsvoll auf den Markt gebracht werden könnten. Längerfristig werde eine Überprüfung des englischen Ansatzes zur GVO-Regulierung im weiteren Sinne folgen. Dem DEFRA zufolge werden die Wissenschaftler weiterhin verpflichtet sein, das Agrarressort über alle Forschungsversuche zu informieren. Die geplanten Änderungen würden den Aufwand für die Forschung und Entwicklung von Pflanzen, für die Technologien wie die Genom-Editierung genutzt würden, verringern, um sie an die mit traditionellen Züchtungsmethoden entwickelten Pflanzen anzugleichen. (...)

Quelle: [London lockert Forschungsvorgaben zur Genom-Editierung](#)

.....

Unbeabsichtigte Veränderungen durch CRISPR/Cas zeigen neuartige Risiken. Neues Beispiel für spezifische Veränderungen außerhalb der Zielregion der «Gen-Schere»

Bei Versuchen mit dem Verfahren CRISPR/Cas an Zebrafischen konnten WissenschaftlerInnen erstmals große strukturelle Veränderungen an sogenannten Off-Target-Bereichen nachweisen. Diese Bereiche liegen außerhalb der Zielregion, können dieser aber sehr ähnlich sein, weswegen die Genschere auch dort schneiden und spezifische unbeabsichtigte Mutationen auslösen kann. Wie die vorliegende Publikation zeigt, sind dabei größere Veränderungen der DNA möglich.

WissenschaftlerInnen der Universität Uppsala haben in der Studie das Erbgut von Zebrafischen nach Einsatz der Genschere CRISPR/Cas untersucht. Es zeigte sich, dass es sowohl an der Zielsequenz als auch an sogenannten Off-Target-Bereichen zu großen strukturellen Veränderungen (großen Insertionen und Deletionen) gekommen war. Solche großen Veränderungen wurden bisher nur an der eigentlichen Zielsequenz beobachtet. Ob auch andere Regionen der DNA betroffen sein können, war bisher nicht bekannt.

In verschiedenen Experimenten injizierten die WissenschaftlerInnen die Gen-Schere in Zebrafisch-Eier und untersuchten das Erbgut der Fische, die sich daraus entwickelt hatten, sowie deren Nachkommen mit Hilfe von modernen Sequenzierverfahren. Es zeigte sich, dass die Effizienz der

Veränderungen an der Zielsequenz insgesamt sehr hoch war. Es kam dort überwiegend zu kleinen Mutationen und zu einem geringeren Anteil auch zu größeren strukturellen Veränderungen, wie Insertionen oder Deletionen.

Die Untersuchung der DNA-Sequenz an möglichen Off-Target-Bereichen ergab, dass an insgesamt drei Regionen unbeabsichtigte Veränderungen aufgetreten waren, überwiegend kleine Veränderungen wie Punktmutationen. Es kam aber auch zu größeren Veränderungen der DNA-Sequenz: An einem Off-Target-Bereich wurden beispielsweise gleich 903 Basenpaare der DNA gelöscht und damit ein großer Teil eines Gens, das gar nicht verändert werden sollte. Die großen strukturellen Veränderungen an On- und Off-Target-Bereichen wurden sowohl in den manipulierten Tieren, die sich aus den injizierten Eiern entwickelten, als auch in der nächsten Generation gefunden.

Die Ergebnisse haben hohe Relevanz für klinische Anwendungen von CRISPR/Cas, um unerwartete Effekte mit erheblichen Auswirkungen für PatientInnen zu vermeiden. Bei Pflanzen wurde bislang noch nicht untersucht, ob große strukturelle Veränderungen an Off-Target-Bereichen auftreten. Es ist jedoch wahrscheinlich, da auch an Zielbereichen davon berichtet wurde. Insgesamt ist es wichtig, dass das Erbgut der Zielorganismen nach CRISPR/Cas-Experimenten an On- und Off-Target-Bereichen ausführlich untersucht wird, um unbeabsichtigte Veränderungen aufzuspüren, die andere Genbereiche beeinträchtigen können. Die Studie wurde als Preprint veröffentlicht und muss noch den Peer-Review-Prozess durchlaufen.

Quelle: [Testbiotech](#)

Zur wissenschaftlichen Publikation: [CRISPR-Cas9 induces large structural variants at on-target and off-target sites *in vivo* that segregate across generations](#)

.....

Patente auf «Neue Gentechnik» bedrohen traditionelle Züchtung

Europa steht vor der Erteilung von hunderten neuen Patenten auf Saatgut. Auch Züchter:innen, die keine Gentechnik anwenden wollen, werden dabei zunehmend durch Patente auf die «Neue Gentechnik» bedroht. Gegen diese Entwicklung hat die Allianz *Keine Patente auf Saatgut!* am 13. Oktober mit der Übergabe von 38 leeren Bierflaschen an das Europäische Patentamt (EPA) in München protestiert. 38 Flaggen in den Flaschen repräsentieren die Vertragsstaaten des EPA, deren VertreterInnen am Tag des Protestes an einem Treffen des Verwaltungsrates teilnahmen, der eigentlich für die korrekte Auslegung der europäischen Patentgesetze verantwortlich ist, das Problem bisher aber nicht lösen konnte.

Laut Europäischem Patentgesetz dürfen nur technische Verfahren patentiert werden. Dagegen ist die Nutzung von «im Wesentlichen biologischen Verfahren» nicht patentierbar. Das EPA aber

setzt zufällige Mutationen mit Gentechnik gleich und hat auf dieser Grundlage auch bereits mehrere Patente auf konventionell gezüchtete Braugerste erteilt.

«Das EPA hat mit der Gleichsetzung von Gentechnik mit zufälligen genetischen Veränderungen ein Scheunentor zur Umgehung der bestehenden Verbote geöffnet. In Reaktion vermischen die Konzerne in den Patentanträgen immer öfter technische und nicht-patentierbare Verfahren, um ihre Patentmonopole auch auf die traditionelle Zucht auszuweiten», sagt Verena Schmitt vom ebenfalls in der Allianz aktiven Umweltinstitut München.

Im Juni 2021 hatte das EPA ein Patent auf Braugerste (EP 2373154) endgültig bestätigt und die Pflanzen zur technischen Erfindung erklärt. Dabei stammt die Gerste, die von der Firma Carlsberg zum Patent angemeldet wurde, aus herkömmlicher Züchtung und nicht aus gentechnischen Verfahren. Laut den europäischen Patentgesetzen sind ausschliesslich technische Verfahren, wie sie in der Gentechnik eingesetzt werden, patentierbar. Das Patentamt ignoriert aber diese rechtlichen Vorschriften. Nach einem vom Präsidenten des EPA verfassten Dokument werden zufällige Mutationen gentechnischen Verfahren gleichgestellt. Diese Rechtsauslegung kam auch bei der Entscheidung über das Patent auf Gerste zur Anwendung.

«Unsere Recherchen zeigen, wie Bayer, Corteva, BASF, die Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS) und Carlsberg versuchen, die bestehenden Verbote systematisch zu umgehen», sagt Dagmar Urban von ARCHE NOAH, als Allianz-Mitglied ebenfalls Protestteilnehmende.

Tatsächlich wird in vielen Patentanträgen gar nicht mehr zwischen Gentechnik und konventioneller Züchtung unterschieden. Stattdessen werden im Antrag viele Pflanzen mit bestimmten genetischen Eigenschaften beansprucht, unabhängig davon, mit welchen Methoden die Eigenschaften erzeugt wurden. Dabei wird unter anderem darauf verwiesen, dass man mit Verfahren wie CRISPR/Cas theoretisch auch genetische Veränderungen herbeiführen kann, wie sie durch konventionelle Züchtung erreicht werden. Werden die Patente erteilt, erstrecken sie sich auf alle Pflanzen (oder Tiere) mit den beschriebenen Eigenschaften, unabhängig davon, wie sie erzeugt wurden.

Wie die Patentanträge auf Gerste zeigen, sind die rechtlichen Unsicherheiten und die Kosten, die durch die derzeitige Situation verursacht werden, so gross, dass die konventionelle Züchtung neuer, verbesserter Sorten blockiert wird. Ökologische und konventionelle ZüchterInnen können so um den Erfolg ihrer jahrzehntelangen Arbeit gebracht werden.

Die Koalition No patents on seeds hat einen neuen Bericht zum Thema veröffentlicht: [Patente auf CRISPR & Co bedrohen die traditionelle Züchtung](#)

.....

Alternativen

Am **16. Oktober** fand der **internationale Welternährungstag** statt. Die Bewegung für Ernährungssouveränität feiert in diesem Jahr ihr 25. Jubiläum. Die internationale Kleinbäuerinnenbewegung La Via Campesina hat dazu eine offizielle Erklärung veröffentlicht – ein Manifest für die Zukunft unseres Planeten.

Zur [offiziellen Erklärung](#) der La Via Campesina zum 25-jährigen Bestehen des gemeinsamen Kampfes für Ernährungssouveränität.

.....

Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative «Bienen und Bauern retten!»

Mehr als eine Million Menschen haben bis Fristende der Unterschriftensammlung die von einem europäischen Bündnis aus über 220 Organisationen getragene Europäische Bürgerinitiative (EBI) «Bienen und Bauern retten!» unterzeichnet. Sie fordert unter anderem einen EU-weiten Ausstieg aus der Anwendung chemisch-synthetischer Pestizide bis spätestens 2035 und eine Unterstützung der Bauern und Bäuerinnen bei der Umstellung.

Die erforderliche Mindestanzahl an Unterschriften konnte laut Mitteilung aus EBI-Unterstützerkreisen in elf EU-Mitgliedsstaaten erreicht werden: In Deutschland, Belgien, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Dänemark, Ungarn, Lettland, Luxemburg, Rumänien und Spanien. Erforderlich für den Erfolg der Initiative wäre das Erreichen der Mindestanzahl in lediglich sieben Ländern gewesen. Sollten die nationalen Behörden mindestens eine Million Unterschriften für gültig erklären, gilt die EBI als erfolgreich. Dann müssen die Europäische Kommission und das Europaparlament die Forderungen der Initiative auf die Tagesordnung setzen.

Die Kernforderungen der Initiative sind:

1. Ein schrittweiser Ausstieg aus synthetischen Pestiziden. Der Einsatz von synthetischen Pestiziden soll bis 2030 um 80 Prozent reduziert werden. Bis 2035 soll die EU komplett aus der Nutzung der Ackergifte aussteigen.
2. Maßnahmen zur Erholung der Biodiversität. Biotopflächen in landwirtschaftlichen Flächen sollen wiederbelebt und Produktionsmethoden so gestaltet werden, dass die Landwirtschaft wieder einen Beitrag zur Förderung der Artenvielfalt leistet.
3. Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern. Die Europäische Agrarpolitik soll reformiert werden. Kleinteilige, vielfältige und nachhaltige landwirtschaftliche Strukturen sollen

bevorzugt, der Ökolandbau ausgeweitet sowie die Forschung zu pestizid- und gentechnikfreiem Anbau gefördert werden.

Zu den 41 Unterstützer-Organisationen der Initiative aus Deutschland gehören unter anderem BUND, NABU, Deutscher Naturschutzring DNR, Aurelia Stiftung, Bündnis enkeltaugliche Landwirtschaft, Solidarische Landwirtschaft, Farmers for Future, Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg, PAN Germany und das Umweltinstitut München.

Quelle und mehr Informationen: [Bienen und Bauern retten!](#)

.....

Philippinen: Eine Reissorte trotz der Klimakrise

In den Philippinen ermöglicht ein Netzwerk Bäuerinnen und Bauern, eigenständig Reis zu züchten und anzubauen. Alte Reissorten werden gesammelt, getauscht und neue Reislinsen gezüchtet, die optimal an die lokalen Bedingungen angepasst sind. Das sichert den Bauernfamilien ein gutes Auskommen, macht sie unabhängig von Großkonzernen – und hilft ihnen dabei, sich für die Klimakrise zu wappnen.

«Zufrieden schaut Pepito Babasa über sein sattgrünes Reisfeld. Sein bester Reis, PBB 401, wird ihm auch in diesem Jahr wieder eine gute Ernte bringen. Das war nicht immer so. Reisanbau in seinem Heimatort Bato in den Philippinen ist riskant: Seit Generationen nutzen die Bäuerinnen und Bauern dafür unter anderem den fruchtbaren Boden des im Sommer ausgetrockneten Sees. Sobald es stärker regnet, sammelt sich das Regenwasser im See, überflutet die Felder und zerstört den Reis. Das Risiko war lange Zeit kalkulierbar, doch nun spüren die Menschen die Folgen der Klimakrise deutlich. Die Regenzeiten verschieben sich. Es kommt immer häufiger zu unberechenbarem Starkregen, Überschwemmungen, Wirbelstürmen, Dürren und Erdbeben – und damit zu Ernteverlusten. Für die Landwirt*innen ist das eine Katastrophe: Wer nichts erntet, kann nichts verkaufen und hat im schlimmsten Fall nichts zu essen. Auch Pepito Babasa litt unter dieser Unsicherheit.

Unabhängigkeit durch eigene Züchtung

Zudem bedeutete der Reisanbau für Babasa ein enormes finanzielles Risiko: Saatgut kaufte er jedes Jahr neu und teuer von internationalen Konzernen – oftmals in Verbindung mit speziell abgestimmten, giftigen Pestiziden und Düngemitteln, die hohe Erträge versprachen. Viele Kleinbäuerinnen und -bauern können sich diese Saatgutpakete nur leisten, wenn sie sich verschulden. Fällt die Ernte aus, fehlt das Geld, um den Kredit zurückzuzahlen.

Das änderte sich, als Pepito Babasa von MASIPAG hörte. Das landesweite Netzwerk, zu dem sich Bäuerinnen und Bauern, Wissenschaftler*innen und Nichtregierungsorganisationen zusammengeschlossen haben, fördert ökologische Landwirtschaft. Im Mittelpunkt stehen der Schutz und die Erhaltung von Saatgut. Bei MASIPAG lernte Babasa, Reis zu züchten – mit

samenfestem Saatgut. Das bedeutet, dass es nachbaubar ist und aus der Pflanze wieder neues Saatgut gewonnen werden kann. So können Landwirt*innen wie Babasa eigenständig immer wieder Reis aussäen und ernten – ohne jedes Jahr neues Saatgut kaufen zu müssen. Das sichert nicht nur die Ernährung ihrer Familien und der Dorfgemeinschaft, sondern macht sie auch unabhängig, weil die jährlichen Investitionen wegfallen. So haben die Bäuerinnen und Bauern am Ende des Tages oft mehr finanzielle Mittel, können sich zusätzliche Lebensmittel für eine ausgewogene Ernährung leisten oder eine gute Ausbildung für ihre Kinder bezahlen.

Gemeinsam gegen die Klimakrise

Dem MISEREOR-Projektpartner MASIPAG gehören heute in den Philippinen mehr als 50.000 Landwirt*innen an. Das über Jahrzehnte gesammelte Wissen und Saatgut steht allen zur Verfügung, man hilft sich gegenseitig bei Aussaat und Ernte. Alte Reissorten werden erhalten, weiterentwickelt, untereinander getauscht und weitergegeben. So können alle die zu den eigenen Bedürfnissen passenden Sorten nachzüchten oder neu kombinieren. Zudem entstehen überall im Land Saatgutbanken. Auf diese können die Kleinbäuerinnen und -bauern zurückgreifen, wenn Schädlinge oder Unwetter ihre Ernten vernichtet haben. Auf Basis der traditionellen Sorten entstanden so mittlerweile 2.000 neue Reislinsen, die optimal an die Bodenbeschaffenheiten und veränderten Klimabedingungen in den jeweiligen Regionen angepasst sind.

PBB 401 ist der Schlüssel

Genauso wie die von Babasa gezüchtete und 2003 erstmals gekreuzte Reissorte PBB 401. Der Name kennzeichnet ihn wie bei MASIPAG üblich als Züchter: Pepito B. Babasa. PBB 401 zeichnet sich durch einen guten Geschmack aus und ist trockenheitstolerant. Dürre kann diesem Reis also nicht so schnell etwas anhaben, genauso wenig die in der Region üblichen Taifune. Die Halme trotzen dem Wind und sollte es sie doch einmal umhauen: PBB 401 liefert selbst dann noch gute Erträge, wenn die Rispe mit den Reiskörnern in Schiefelage geraten ist. Manch andere Reissorte wäre dann schnell nicht mehr zu gebrauchen, die Ernte verloren. Heute ernährt Pepito Babasa nicht nur sich selbst und seine Familie zuverlässig und ausgewogen, seine Tochter deckt zudem einen Teil ihres Reisbedarfs für ihr Restaurant von der Überschussproduktion ihres Vaters. Grund genug, zufrieden und zuversichtlich in die Zukunft zu schauen: PBB 401 ist für Pepito Babasa und viele andere Landwirt*innen der Schlüssel, um sich aktiv gegen die Folgen der Klimakrise zu wappnen, unabhängig von internationalen Konzernen zu bleiben – und ihren Lebensstandard zu sichern.»

Quelle: [Eine Reissorte trotz der Klimakrise_MISEREOR Blog](#)

Neue Literatur (Positionspapiere etc.)

GRÜNE im EU-Parlament veröffentlichen Stellungnahme zum laufenden EU-Prozess

[Angriff auf das EU-Gentechnikrecht gefährdet unser Essen, Gesundheit und Umwelt](#)

.....

Friends of the earth Europe veröffentlicht Report zur Frage, ob Genome Editing bei der Bewältigung des Klimawandels helfen kann

[Editing the Truth. GENOME EDITING IS NOT A SOLUTION TO CLIMATE CHANGE](#)

Zum kürzeren [Briefing](#).

Es handelt sich um die Kurzfassung des Berichts, den Zsofia Hock von der Schweizer Allianz Gentechfrei geschrieben hat: [Klimawandel. Warum Genomeditierung keine Lösung ist.](#)

.....

Europäische Koordination von Via Campesina (ECVC) veröffentlicht neue Studie zu bäuerlichem Saatgut in der EU: [Incorporating Peasants' Rights to Seeds in European Law](#)

Fast drei Jahre nach der Verabschiedung der UNDROP ([Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen und anderen Menschen, die in ländlichen Regionen arbeiten](#)) zielt diese Publikation darauf ab, die aktuelle Situation in Bezug auf die Achtung der Rechte der Bäuerinnen/Bauern auf Saatgut in der Europäischen Union zu überprüfen. Die Studie zeigt, dass bestimmte rechtliche Rahmenbedingungen für die Umsetzung dieser Rechte problematisch sind.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Überarbeitung der EU-Saatgutgesetzgebung und der laufenden Politikprozesse zur neuen Gentechnik soll diese Publikation die Forderungen von ECVC nach einem kohärenten europäischen Regelungsrahmen zur Umsetzung der Rechte der Bäuerinnen/Bauern in Bezug auf Saatgut zum Ausdruck bringen. Dazu enthält die Studie konkrete Vorschläge für die Schaffung eines speziellen Rechtsrahmens für bäuerliche Saatgutssysteme sowie die Forderungen von ECVC hinsichtlich der strikten Beibehaltung und Anwendung der aktuellen europäischen Gesetzgebung zu GVOs.

Die Studie wird am [3. November im Rahmen eines Webinars](#) vorgestellt.